

Bresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Kur für Nachzügler: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - K. 1. Marienstraße 22/24

Bezugspreis vom 1. Mai 1930 bei gleichmässiger Bestellung pro Jahr 1.70 RM.
Postzusatz für Monat Juni 1.40 RM, einchl. 26 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr).
Abonnement 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die ein-
seitige 30 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 50 mm breite Werbefläche 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg.
Offertenpreis 20 Pfg. Rückständige Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Beyer & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unerwünschte
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Vor dem Abschluß eines Wirtschaftsfriedens

Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmern und Gewerkschaften?

Berlin, 4. Juni. Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden seit einiger Zeit zwischen den führenden Verbänden der Unternehmer und der Gewerkschaften Verhandlungen geführt, deren Zweck die Herbeiführung einer Arbeitsgemeinschaft ist. Das Ziel der Verhandlungen ist die Herbeiführung von Vereinbarungen, durch die die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt saniert werden sollen. Die Verhandlungen wurden vom Präsidenten der Vereinigung der Arbeitgeberverbände und dem Präsidialmitglied der deutschen Industrie, von Hammer, auf der anderen Seite von den Abgeordneten Grafmann und Eggert für die freien, Otte für die christlichen Gewerkschaften und Lemmer für den Gewerkschaftsring geführt. Die Verhandlungen sollen kurz vor dem Abschluß stehen.

Die Beratungen des Kabinetts

Berlin, 4. Juni. Nähere Einzelheiten über das Ergebnis der Kabinettsberatung vom Dienstag liegen bisher an keiner Stelle vor. Aus Mitteilungen der demokratischen Presse und Organen, die der Deutschen Volkspartei nahe stehen, ist zu schließen, daß gewisse Schwierigkeiten zwischen der Volkspartei und den übrigen Regierungsparteien in dieser Frage bestehen. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ deutete bereits vor kurzem an, daß die Volkspartei unter allen Umständen gegen neue Steuern sei. Es ist daher auch sehr wahrscheinlich, daß die heutige Fraktionsvorstandsberatung der Deutschen Volkspartei sich mit dieser Frage beschäftigen wird. Den Standpunkt der Regierung wird Moldenhauer vertreten. Von dem Ergebnis dieser Beratung dürfte es abhängen, ob sich die Gerüchte von einem bevorstehenden Rücktritt Moldenhauers bewahrheiten.

Die rote Einheitsfront

Sozialdemokratische Verbrüderung mit Moskau

In der von fünf sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten herausgegebenen Zeitschrift „Der Klassenkampf“ schreibt der sozialdemokratische Abgeordnete Max Seydewitz:

„Die Republik ist der günstigste Kampfplatz für den Befreiungskampf des Proletariats, den wir verteidigen müssen und erkämpfen müßten, wenn wir ihn nicht hätten. Das für das Proletariat weitestgehende an der Republik ist die Tatsache des günstigeren Kampfplatzes für den Klassenkampf, das hätten wir den Massen einhämmern müssen an Stelle des irreführenden Veredes von „unserem Staat.“

Seydewitz schließt seinen Kampfauftrag mit der Aufforderung, „die Massen zu mobilisieren“, um „den Sturz des kapitalistischen Systems herbeizuführen.“

Daß bei einem erheblichen Teil der Sozialdemokratischen Partei bereits die Weisheitsverfassung des Rot-Frontkämpferbundes vorherrscht, beweist auch der Verlauf einer vor einigen Tagen in Breslau stattgefundenen Mitgliederversammlung der SPD. Hier wurde nämlich unterm Vorsitz des sozialdemokratischen Führers Dr. Eckert und nach einem Referat des Herrn Max Seydewitz eine Entschliessung (fast einstimmig) angenommen, die behauptet, „daß die ökonomischen und sozialen Fortschritte der Sowjetunion der Welt das Beispiel geben, daß eine Gesellschaft auch ohne Kapitalisten existieren kann. Die Sozialdemokraten müßten den Eklektizismus gegenüber Sowjetrußland ablegen und die Einheit der Arbeiterklasse in dem Ruf herstellen: Proletarier aller Länder, vereinigt euch zum Schutze der Sowjetunion!“

Gröner gegen die Sozialdemokratie

Berlin, 4. Juni. Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein Schreiben, das dem Reichstagsabgeordneten Franz Künstler unter dem 2. Juni vom Reichswehrministerium ausgegangen ist und folgenden Wortlaut hat: „Anliegend wird Ihnen ein Schreiben zurückgelandt, welches Sie gelegentlich der Reichstagsverhandlungen dem Generalmajor v. Schleicher zur Nachprüfung ausgereicht hatten.“

Auf Anordnung des Herrn Reichswehrministers wird Ihnen auf irgendwelche mündlichen oder schriftlichen Anfragen keine Antwort erteilt werden.

Selbstverständlich wird trotzdem die sachliche Bearbeitung der Angelegenheit sofort in Angriff genommen. — In diesem Schreiben bemerkt das Blatt: Herr Gröner kann sich wohl keinen Augenblick darüber im Zweifel befunden haben, daß er mit seiner Anordnung gegen Künstler zugleich auch die Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion abgebrochen hat. Die Erregung des Ministers ist darauf zurückzuführen, daß Künstler jüngst in einer Reichstagsrede zu den Beziehungen der Reichswehr zur sowjetrußischen Armee Kritik geübt hat.

Helms und Nationalsozialisten

Berlin, 4. Juni. Das Bundesamt des Stahlhelms gibt bekannt: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat am 28. Mai offiziell auf eine Anfrage des Stahlhelms erklärt, daß ein eingetragenes Mitglied ihrer Partei nicht gleichzeitig Mitglied eines Wehrbundes, also auch nicht des Stahlhelms, sein könne. Die Stahlhelmführung bedauert diese Entscheidung im vaterländischen Interesse außerordentlich, zumal sie bisher grundsätzlich den Standpunkt vertreten hat, daß die Kameraden eingetragene Mitglieder bei allen nationalen Parteien sein müssen. Sie wird durch die obengenannte Erklärung nunmehr genötigt, ihrerseits die geeignet erscheinenden Wehrmänner in Kürze zu treffen.

Schon wieder ein deutsch-polnischer Zwischenfall

Warschau, 4. Juni. Der „Express Poranny“ gibt einen Bericht über einen deutsch-polnischen Zwischenfall im Korridor wieder, der aber wohl zunächst mit größter Vorsicht aufzunehmen ist. Das Blatt behauptet, daß durch die polnischen Behörden auf der Grenzstation Konik in einem Transitzug, der über den Korridor nach Dirschau lief, angeblich ein Wagon mit einer Ladung giftiger Gase entdeckt und aufgehalten worden sei. Die Ladung sei als Getreide deklariert gewesen. Die polnischen Behörden hätten sofort einen Ausschuss zur Untersuchung der Angelegenheit ernannt.

Trotz der bestimmten Behauptungen des Blattes ist anzunehmen, daß es sich hier wieder um eine polnische Tendenznachricht handelt. Von den deutschen zuständigen Stellen wird die Angelegenheit nachgeprüft. Nach Lage der Dinge muß es aber als ausgeschlossen gelten, daß deutschseits Giftgas nach Dirschau geschickt worden ist.

Ein Dementi der Sowjetrußen

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 4. Juni. Die von einer Agentur in Rom verbreitete Meldung, daß am Dienstag eine längere Unterredung zwischen dem deutschen Votschafter in Moskau, v. Dirksen, und dem russischen Außenminister Litwinow in der Frage der Einmischung der kommunistischen Internationale in innerdeutsche Verhältnisse stattgefunden habe, wird amtlich in Abrede gestellt. Dieses Dementi bezieht sich auch auf Pressemeldungen, nach denen die Besprechungen negativ ausgefallen seien.

Die Heimwehkrise in Oesterreich

Die Christlichsozialen zur Entwaffnungsfrage

Wien, 4. Juni. Die in der vergangenen Woche vom Großen Klub der Christlichsozialen Partei eingesezte Abordnung sprach beim Bundeskanzler Dr. Schöber vor, um ihm die verfassungsrechtlichen Bedenken der Partei gegen die Entwaffnungsvorlage vorzutragen. Die Besprechung dauerte zwei Stunden. Wie die „Neue Freie Presse“ meldet, wurde besonders vom Vizekanzler Baugoin hervorgehoben, daß es sich dabei nicht um einen Kampf gegen die Vorlage als solche handele. Es wurde beschlossen, daß Dr. Ender morgen mit dem Bundeskanzler und den zuständigen Referenten des Bundeskanzleramtes über die aufgeworfenen verfassungsrechtlichen Fragen eine Konferenz abhält. Dieselbe Abordnung hatte am Abend eine längere Besprechung mit dem Bundesführer der Heimwehren. Es handelte sich dabei hauptsächlich um das Bestreben, die Mandatare der Christlichsozialen Partei, die der Heimwehr angehören, in ihren Verpflichtungen gegenüber der Heimwehr so zu stellen, daß sie dabei nicht in Gegensatz zur Partei geraten, wie es nach dem bekannten

Korneuburger Gelöbnis der Fall wäre. Die Bundesführer der Heimwehren sollen diesem Gedanken Verständnis entgegengebracht und zugefugt haben, daß bei dem Gelöbnis, das die Mandatare der Christlichsozialen Partei der Heimwehr gegenüber verpflichtet, darauf Rücksicht genommen werden würde. Die Abordnung wird morgen dem Großen Klub der Partei über die heutigen Besprechungen mit Schöber und den Heimwehren Bericht erstatten.

Landbunderklärung gegen die Heimwehren

Wien, 4. Juni. Der österreichische Landbund nahm nach Beratung der schwebenden politischen und wirtschaftlichen Fragen eine Entschliessung an, in der die großen vaterländischen Verdienste der Regierung Schöber gerühmt werden und Schöber aufgefordert wird, seine wirtschaftliche Aufbauarbeit fortzusetzen. Bürgerliche Pflicht sei es, die Regierung tatkräftig zu unterstützen. Die Reichsparteileitung des Landbundes lehne die letzten Erklärungen der Heimwehren ab, ebenso die falschliche Diktatur und die sogenannte Korneuburger Eidesformel.

„Graf Zeppelin“ über den Azoren

Vorta, 4. Juni. Der „Graf Zeppelin“ hat um 12 Uhr mittags MEZ, die Stadt mit köstlichem Kurs überflogen. Anscheinend befindet sich an Bord des Luftschiffes alles in bester Ordnung.

In einem um 5 Uhr früh eingegangenen Funkpruch wurde gemeldet: 28 Grad Nord, 22,50 Grad West, 70 Seemeilen Geschwindigkeit, Kurs Azoren.

Trauertag in Ungarn

Budapest, 4. Juni. Am Mittwoch wird in ganz Ungarn ein Trauertag anlässlich der zehnten Wiederkehr des Tages der Unterzeichnung des Trianoner Friedensvertrages abgehalten. Die Blätter, ohne Unterschied der Partei, bezeichnen den Friedensvertrag, wie alle Friedensverträge der Jahre 1919 und 1920, als einen Dohn auf das vorher verübte Selbstbestimmungsrecht und als Schulbeispiel der übermächtigen Gewaltanwendung. Aus den Artikeln die unverbrüchliche Zuversicht des ungarischen Volkes auf Revision der Friedensverträge ersichtlich.

Der neue deutsche Gesandte beim dänischen König

Kopenhagen, 4. Juni. Der neuernannte deutsche Gesandte, Freiherr v. Rischhofen, wurde heute vormittag vom König in Schloß Christiansborg in feierlicher Antrittsaudienz empfangen, bei der der Gesandte sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Im Anschluß daran wurden der Gesandte und Frau von Rischhofen von der Königin empfangen.

Die Abenteuerfahrt des „Falke“ vor dem Hamburger Seeamt

Hamburg, 4. Juni. Im Strafsjustizgebäude begann am Mittwochvormittag die Seeamtsverhandlung über die abenteuerliche Fahrt des Dampfers „Falke“ in demselben Sitzungssaal, in dem vor kurzem die gerichtliche Verhandlung des Falles durchgeführt wurde. Wie damals, herrscht auch heute großer Andrang des Publikums. Reichskommissar ist Admiral v. Uslar. Die Verhandlungen wurden um zehn Uhr mit der Verlesung des Urteils der Schwurgerichtsverhandlung über den Fall „Falke“ sowie mit einer noch unvollständigen Darstellung des Tatbestandes eröffnet. Dann beantragte der Rechtsbeistand des abwesenden Ersten Offiziers Kölling, Dr. Emil v. Sauer, Einstellung des seecauslichen Hauptverfahrens, weil jede Handhabe für die Behandlung eines Seecausfalls fehle. Nach den Ausführungen Dr. v. Sauer nahm der Reichskommissar, Vizeadmiral a. D. v. Uslar, das Wort und bat, bei der Beratung des Antrags v. Sauer in dem Sinne zu beschließen, daß die Entscheidung des Reichsverkehrsministers, über den „Falke“-Fall vor dem Hamburger Seeamt zu verhandeln, vollkommen zu Recht bestehe.

(Die Verhandlung dauert bei Schluß der Redaktion an)

Neußdörfer verlangt Entschädigung

Berlin, 4. Juni. Der Kulmbacher Kommerzienrat Neußdörfer, der unter dem Verdacht des Gattenmordes einige Monate in Untersuchungshaft saß, hat eine Entschädigungsfrage gegen den Justizfiskus angedreht. Als Entschädigung werden 200000 Reichsmark genannt.

Immer wieder Calmette-Todesfälle in Lübeck. Nachdem schon an den beiden vorhergehenden Tagen je zwei weitere Todesfälle von Säuglingen an den Folgen der Calmette-Impfung eingetreten waren, sind auch gestern wieder zwei Kinder gestorben. Damit steigt die Zahl der Todesopfer auf 22.